

# INFORMATIONEN

## zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien  
und Forschungen (IMSF)  
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-  
GmbH, Frankfurt/Main

### 1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Der konjunkturelle Abschwung in der Bundesrepublik hat sich in den ersten Monaten des Jahres zunächst verlangsamt. Vor allem die Ziffern über Produktion und Aufträge ergaben ein etwas günstigeres Bild. Ausschlaggebend scheinen dabei jedoch statistische Besonderheiten und Sonderfaktoren gewesen zu sein.

Vor allem die Auslandsaufträge hatten sich in den Monaten Januar und Februar sprunghaft verbessert. Angesichts der fortschreitenden Krise in Westeuropa und des Rückgangs im Welthandel handelt es sich hierbei um keine dauerhafte Erscheinung: Es ist vor allem eine Reaktion der Importeure auf die zeitweilige Schwäche der DM gegenüber vielen anderen Währungen. So wurden Bestellungen vorgezogen, um die für die Auftraggeber im Ausland günstige Wechselkursituation auszunutzen.

Dagegen ist die Tendenz bei den inländischen Aufträgen weiter nach unten gerichtet, die Meldungen aus den einzelnen Wirtschaftszweigen und die jüngsten Daten über Aufträge und Produktion machen deutlich, daß die Krise in der Bundesrepublik ihren Tiefpunkt noch nicht erreicht hat.

Während die DM-Schwäche gegenüber den meisten westeuropäischen Währungen nur vorübergehend war, hat sie gegenüber dem Dollar im Berichtszeitraum weiter angehalten und sich zum Teil noch verstärkt. Vordergründig wird dies auf die Hochzinspolitik in den USA zurückgeführt, durch die Kapital angelockt und der Dollar-Kurs hochgetrieben wird. Im Kern spiegelt sich darin der Versuch wider, die in den siebziger Jahren abgeschwächte Rolle der USA wirtschaftlich und politisch wieder aufzuwerten. Die neue US-Regierung ist bestrebt, die USA wieder zur überlegenen Führungsmacht im imperialistischen Lager zu machen. Ein starker Dollar ist Bestandteil und Ausdruck dieser Strategie.

Die Bundesregierung ist im politischen Bereich offensichtlich bereit, sich der US-Politik weitgehend zu beugen. Auf wirtschaftlichem Gebiet aber bleibt die Konkurrenz das bestimmende Moment. Der „Zinswettlauf“ mit den USA ist darauf gerichtet, die Abwertung der DM gegenüber dem Dollar zu verhindern, obwohl dies handelspolitisch durchaus auch Vorteile (verstärkte Exporte/verminderte Importe) mit sich bringen würde. Entscheidend für die Bundesregie-

rung ist die Befürchtung, daß eine Abwertung die Rohstoffimporte überproportional zur Weltmarktpreisentwicklung verteuern, die relative Preisstabilität gefährden und so die gesamte Expansionsstrategie der westdeutschen Konzerne grundlegend gefährden würde.

In den vergangenen Monaten ist sehr deutlich geworden, daß die Bundesregierung bereit ist, dieser einseitigen außenwirtschaftlich gerichteten Gesamtorientierung inländische Wachstums- und Arbeitsplatzopfer zu bringen. Denn während versucht wird, die Anteile der Bundesrepublik an den sich verengenden internationalen Märkten zu erweitern – zur Zeit mit wenig Erfolg –, geraten die Inlandsmärkte immer stärker unter den Druck rückläufiger Nachfrage. Anhaltend ist vor allem die Schwäche des privaten Verbrauchs, die die gegenwärtige Krise ausgelöst hat und bis jetzt das wichtigste Merkmal des Krisenverlaufs geblieben ist. Dies läßt sich klar an der rückläufigen Tendenz der Einzelhandelsumsätze ablesen.

Waren die realen Arbeitseinkommen schon im vergangenen Jahr leicht rückläufig gewesen, so beinhalten die bis jetzt getätigten Tarifabschlüsse eine weitere reale Verschlechterung. Angesichts unverändert hoher Inflation – mit einer Tendenz zur Beschleunigung – muß mit Reallohneinbußen gerechnet werden, die über einem Prozent liegen. Hinzu kommt, daß die ansteigende Arbeitslosigkeit und der Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden infolge von Kurzarbeit und Überstundenabbau die Kaufkraft der privaten Haushalte der Arbeiter und Angestellten weiter verringert.

In spektakulärer Form sind in den letzten Monaten die Haushaltsplanungen des Staates für das laufende Jahr über den Haufen geworfen worden. Schon zum zweiten Mal meldete der Rüstungsetat Nachforderungen an, denen sehr rasch entsprochen wurde. Gleichzeitig vergrößerte sich das Defizit der Bundesanstalt für Arbeit als Folge der erwartungsgemäß steigenden Arbeitslosigkeit. Da auch die Steuereinnahmen krisenbedingt niedriger ausfielen als im Haushaltsplan angesetzt, wuchs die Neuverschuldung sprunghaft. Unter dem Druck der sich verschärfenden Krise, steigender Arbeitslosigkeit und des Rüstungskurses mußte die Absicht, die Neuverschuldung 1981 einzudämmen, aufgegeben

Nr. 2/1981 – Juni

werden. Die massiven Haushaltskürzungen bei öffentlichen Investitionen, die Streichungen bei sozialen Ausgaben verfehlten ihr Ziel. Indem sie Krise und Arbeitslosigkeit vergrößerten, müssen sie auch als Beitrag zur Vergrößerung des öffentlichen Defizits angesehen werden. Eine so geartete einseitig auf Sozialabbau gerichtete „Sparpolitik“ bewirkt im Endeffekt das Gegenteil: Das Defizit wächst krisenbedingt weiter.

Ähnlich werden auch die neubeschlossenen Kürzungen wirken, die auf verschiedenen sozialen Gebieten vorgenommen wurden. Geradezu widersinnig sind die „Sparmaßnahmen“ bei der Bundesanstalt für Arbeit zu bewerten, die einen Teil ihres Defizits durch Abbau bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, bei der beruflichen Weiterbildung und der Rehabilitation von Behinderten zu decken sucht.

Die zunehmenden Finanzierungsschwierigkeiten der öffentlichen Haushalte belegen, daß eine dauerhafte „Konsolidierung“ der Staatsverschuldung nur möglich ist, wenn der Rüstungskurs geändert und wirk-same Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit ergriffen werden.

#### INHALT

#### 1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Produktion
- 1.2 Geld- und Kapitalmarkt
- 1.3 Investitionen
- 1.4 Außenwirtschaft

#### 2 Unternehmergewinne

#### 3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Sozialabbau
- 3.3 Preise
- 3.4 Tarifikationen im Frühjahr 1981
- 3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

## 1.1 Produktion

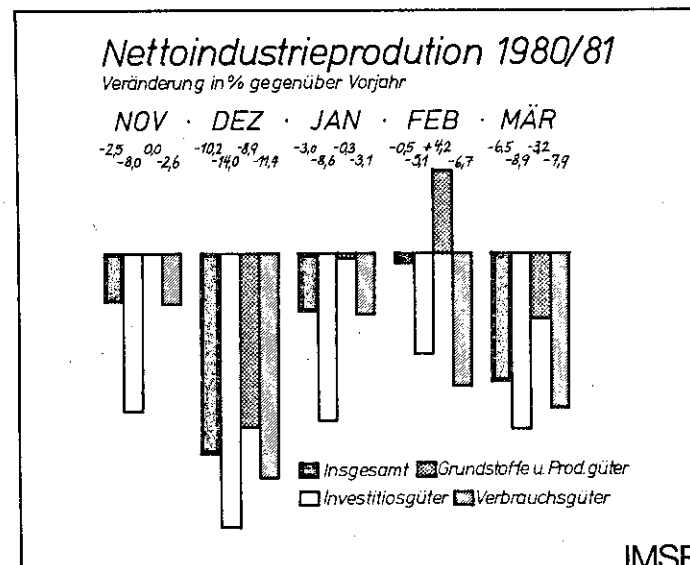
Aussagen über die Entwicklung der Produktion in den letzten Monaten wurden durch die Umstellung des Index der industriellen Nettoproduktion erschwert. Seit Januar wird die Industrieproduktion mit einer etwas veränderten Methode berechnet, die offensichtlich zu einer gewissen Niveauanhebung gegenüber der alten Berechnungsweise geführt hat. Auf statistische Schwierigkeiten deuten insbesondere die starken monatlichen Schwankungen bei den saisonbereinigten Werten hin. So erhöhte sich der saisonbereinigte Index von Januar auf Februar um fünf Punkte, fiel im März aber wieder im gleichen Ausmaß zurück.

Der Vorjahresstand wurde trotz der das Bild offensichtlich etwas günstiger zeichnenden Berechnungsmethode nicht erreicht.

### Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes<sup>1</sup>

	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Insgesamt	-2,5	-10,2	-3,0	-0,5	-6,5
Grundstoffe und Produktionsgüter	-8,0	-14,0	-8,6	-5,1	-8,9
Investitionsgüter	0,0	-8,9	-0,3	+4,2	-3,2
Verbrauchsgüter	-2,6	-11,4	-3,1	-6,7	-7,9

1 1977/78 in % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd. S. 65)



Trotz des am Jahresanfang insgesamt etwas günstigeren Bildes in der Produktions- und Auftragsstatistik scheinen Aussagen verfrüht, die schon jetzt den Tiefpunkt der Krise für erreicht halten.

Dies belegen die Nachrichten aus den einzelnen Branchen, in denen überwiegend eine weitere Verschlechterung der Absatzsituation verzeichnet wird. Positive Meldungen beziehen sich überwiegend auf den Export – was aber Sonderfaktoren zu verdanken ist.

Die Situation in der **eisenschaffenden Industrie** wird weiterhin von den durch zyklische Faktoren verstärkten Auswirkungen der Strukturkrise bestimmt. Die in der Organisation Eurofer zusammengeschlossenen 15 Stahlunternehmen streben danach, den am 1. Juli auslaufenden EG-Krisenplan durch eine Regelung auf „privatwirtschaftlicher“ Grundlage abzulösen. Im Kern wird es dabei bleiben, daß die Produktion planmäßig herabgesetzt und die Preise planmäßig erhöht werden, für das zweite Quartal sind Preiserhöhungen zwischen 10 und 20 Prozent geplant. Schwierigkeiten bereitet es, die nicht in Eurofer organisierten „Außenreiter“ zur Einhaltung der festgelegten Produktionsquoten zu veranlassen. Im ersten Quartal lag die Produktion in der EG – Großbritannien wird wegen der Verzerrung der Ergebnisse infolge des Streiks Anfang 1980 ausgeklammert – um 15 Prozent unter dem Vorjahresstand, in der Bundesrepublik um 10 Prozent. Nach den vorliegenden Plänen wird die Produktion weiter gedrosselt werden.

In der **chemischen Industrie** setzt sich der allmähliche Produktionsrückgang weiter fort, auch in den ersten Monaten von 1981 ist die Ka-

pazitätsauslastung weiter gesunken. Stabilisierend wirkte dabei der Export. Preisanhebungen sorgten allerdings dafür, daß der Umsatz im ersten Vierteljahr 1981 noch stagnierte.

Im **Maschinenbau** wird die Gesamtsituation zwar auch durch Erscheinungen der zyklischen Krise bestimmt, der Produktionsrückgang hatte dort aber erst spät und nur vergleichsweise milde eingesetzt. In den ersten Monaten von 1981 hat sich die Produktion etwas belebt, allerdings scheint die Belebung statistisch überzeichnet. Günstig entwickelt sich der Export. Produktionsbelebung und Exportaufschwung sind aber zu einem erheblichen Teil Sonderfaktoren geschuldet.

Anfängliche Hoffnungen der **Automobilindustrie** auf eine Belebung der Nachfrage sind inzwischen wieder größerem Pessimismus gewichen. Eine Belebung am Jahresanfang war nicht von Dauer. Die Pkw-Produktion war im ersten Quartal zehn Prozent niedriger als in der gleichen Vorjahreszeit. Auch die Lkw-Herstellung, die im letzten Jahr noch sehr stabil war, ist nun rückläufig, sie war fünf Prozent niedriger. Die Angst vor Japan-Importen, die bisher in der Öffentlichkeit eine große Rolle gespielt hatte, ist durch die Entwicklung in den letzten Monaten relativiert worden: Der Anteil japanischer Pkw an den Neuankündigungen lag im März nur noch bei neun Prozent, gegenüber elf Prozent in den Vormonaten. Hier scheint also eine gewisse Grenze erreicht.

In der **Elektroindustrie** hält die Auseinanderentwicklung zwischen Investitionsgüter- und Konsumgüterbereich an. Produktion und Auftragsbestände im Investitionsgüterbereich haben eine aufwärtsgerichtete Tendenz, was vor allem auf die Nachrichtentechnik und den Datenverarbeitungsbereich zurückzuführen ist. Dagegen wachsen die Absatzschwierigkeiten im Gebrauchsgüterbereich weiter, trotz rückläufiger Produktion nehmen die Fertigwarenlagerbestände zu. Insgesamt stagniert die Produktion der Branche, die Kapazitätsauslastung nimmt ab, die Beschäftigung ist seit zwei Quartalen rückläufig, die Kurzarbeiterzahlen nehmen zu.

Die Situation der **Textil- und Bekleidungsindustrien** hat sich in den letzten Monaten weiter verschlechtert. Die Textilproduktion lag im letzten Vierteljahr 1980 schon um acht Prozent unter dem Vorjahresstand, für 1981 wird ein Rückgang um mindestens vier Prozent erwartet. Im Mittelpunkt der Diskussionen steht hier das Welttextilabkommen, das 1981 ausläuft. Sowohl die Unternehmen als auch die Gewerkschaften streben eine schärfere Fassung der Bestimmungen an, die die Textileinfuhren begrenzen sollen. Es ist in diesem Zusammenhang allerdings darauf zu verweisen, daß die hohen Textilimporte z. T. die direkte Folge der Produktionsverlagerungsstrategien der westdeutschen Textil- und Bekleidungsunternehmen sind.

Oft handelt es sich um Reimporte von Produkten, bei denen die arbeitsintensiven Fertigungsstufen von den inländischen Unternehmen in „Niedriglohnländer“ verlagert worden sind.

In der **Bauwirtschaft** wird eine weitere Verschärfung der Krisenerscheinungen erwartet. Das Bauvolumen, so schätzt der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, wird 1981 voraussichtlich um fünf Prozent zurückgehen. Die Auftragsbestände der Baufirmen lagen zum Jahresende real sogar um acht Prozent unter dem Vorjahresstand. Dies ist in erster Linie Ergebnis der „Sparpolitik“ der öffentlichen Haushalte. Dabei wirken sich die Finanzierungsschwierigkeiten der Gemeinden, die etwa zwei Drittel der öffentlichen Bauinvestitionen bestreiten, besonders einschneidend aus. Im Wohnungsbau wirkt das zur Zeit immer noch ansteigende Zinsniveau bremsend, vor allem der private Eigenheimbau wird gedrückt. Für den Mietwohnungsbau werden zur Zeit Programme diskutiert, die eine Verstärkung der Bautätigkeit anstreben („Sofortprogramm“ für 30 000 Sozialwohnungen). Dies dürfte sich aber in absehbarer Zeit noch nicht in verstärktem Wohnungsbau niederschlagen, selbst bei effektiv wirkenden Programmen gibt es eine erhebliche zeitliche Wirkungsverzögerung.

Bei in der Gesamtwirtschaft – mit Ausnahme des Investitionsgüterbereichs der Elektroindustrie – insgesamt rückläufiger Tendenz bleibt die besondere Schwäche der konsumnahen Bereiche auch gegenwärtig noch das Hauptmerkmal der Entwicklung. Die Einzelhandelsumsätze waren im ersten Quartal real um sechs bis sieben Prozent niedriger als in der gleichen Vorjahreszeit, selbst die nominalen Umsätze vom Vorjahr wurden nicht ganz erreicht. Dies ist zwar zum Teil eine Folge der

Tatsache, daß im Januar/Februar 1980 die Umsätze – sonderfaktorenbedingt – einen Sprung nach oben gemacht hatten, der sich 1981 nicht wiederholt hatte. Aber auch im März 1981 lagen sie real um etwa fünf Prozent unter dem Stand von März 1980, der Hinweis auf den „Basisseffekt“ reicht zur Erklärung des statistisch ausgewiesenen Rückfalls nicht aus.

### Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen<sup>1</sup>

	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Produzierendes Gewerbe insges.	-2,5	-10,2	-3,0	-0,5
Eisenschaffende Industrie	-3,2	-11,1	-7,6	-1,8
Chemische Industrie	-5,7	-8,2	-2,6	+0,5
Maschinenbau	-0,4	-10,2	+9,5	+6,6
Straßenfahrzeugbau	-8,8	-14,9	-8,3	+2,5
Elektrotechnik	+1,6	-6,5	-1,1	+0,2
EDV-Geräte	+19,7	+17,3	+11,3	+36,3
Textilgewerbe	-6,0	-13,4	-11,6	-8,7
Bekleidungsgewerbe	-4,1	-13,2	-0,7	-5,1
Bauhauptgewerbe	-8,4	-28,2	-15,8	-15,5

1 in % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht)

Angesichts der forcierten Aufrüstung sei ein Blick auf die westdeutsche **Rüstungsindustrie** geworfen, die allerdings statistisch als solche nicht erfaßt wird. So ist man bezüglich des Rüstungsumsatzes, des Rüstungsexports und der Bedeutung der Rüstungsproduktion für die Beschäftigung auf Angaben der Unternehmen angewiesen.

Der Umsatz der Rüstungsindustrie beläuft sich nach Schätzungen auf etwa 30 Milliarden DM (Zahlen nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 30. 4. 81). Vier bzw. drei Konzerne verfügen über einen Rüstungsumsatz von mehr als einer Milliarde DM: AEG, Siemens und MBB/VFW. AEG und Siemens haben einen Rüstungsanteil von zehn bzw. fünf Prozent, MBB/VFW von 60 Prozent. Die meisten Rüstungsunternehmen sind Teil eines größeren Konzernzusammenhangs.

Das Rüstungsgeschäft ist überdurchschnittlich profitabel, die rasanten Preiserhöhungen, Kosten der Unterauslastung usw. können nachträglich relativ leicht an den staatlichen Abnehmer weitergegeben werden, was – wie gegenwärtig – zu großen Löchern im Staatshaushalt führen kann. Allerdings ist das Rüstungsgeschäft auch unsicher: Es kommt zu Auftragsstößen im Zusammenhang mit der Erneuerung von Waffensystemen, denen dann wieder Zeiten mit „Auftragslücken“ folgen. Die diskontinuierliche Auslastung der Rüstungskapazitäten ist insbesondere vom Standpunkt der Beschäftigung ein Hauptproblem der Rüstungsproduktion.

Dies veranlaßt die Produzenten mit Unterstützung des Staates, den Rüstungsexport zu forcieren: Ziel ist es, größere Stückzahlen zu erreichen (Kostendegression bei Massenproduktion) und die vorhandenen Kapazitäten kontinuierlich auszulasten.

Dies entspricht sowohl dem Interesse der Konzerne als auch – z. T. in noch höherem Maße – dem Interesse der Regierung. Denn die bei geringen Stückzahlen auftretenden hohen Stückkosten werden von den Unternehmen im Preis weitergewälzt.

Inzwischen ist die BRD der viertgrößte Rüstungsexporteur der Welt, wobei hier die Zahlen besonders unsicher sind: Die Rüstungsexporte beliefen sich nach einer Schätzung im Jahre 1977 auf 800 Millionen DM, nach einer anderen Schätzung wurden 1980 Waffen im Wert von 1,5 bis 2,5 Milliarden DM exportiert. Trotz der gesetzlichen Bestimmungen, die den Export von Waffen nur in Ausnahmefällen gestatten, hat er in den letzten Jahren einen kräftigen Aufschwung genommen. 70 Prozent der Rüstungsgüter gehen in Entwicklungsländer, nur 30 Prozent in NATO-Staaten. Hauptabnehmer sind die Staaten des Nahen Ostens, sie kaufen etwa die Hälfte des Exports in Entwicklungsländer. Die Beschäftigungseffekte der Rüstungsproduktion können – ebenso wie die anderen Angaben – nur geschätzt werden. Es wird angenommen, daß etwa 270 000 Arbeitskräfte direkt in der Rüstungsproduktion tätig sind. Allerdings ist anzumerken, daß die technologisch meist sehr hochentwickelte Waffenherstellung sehr arbeitsteilig erfolgt, beim

Panzer „Leopard 2“ sind z. B. 1500 Zulieferfirmen beteiligt. Hauptmerkmal ist dabei der hohe Elektronikanteil. Dies ist aber gleichzeitig ein Hinweis darauf, daß nur ein geringer Teil der zur Zeit für die Rüstungsproduktion verwendeten Fertigungskapazitäten ausschließlich für die Waffenproduktion geeignet ist. Viele in Rüstungsgütern verwendete Einzelteile können ebensogut zivilen Zwecken dienen, die Elektronik bei Flugzeugen oder Kriegsschiffen kann auch in entsprechenden zivilen Projekten verwendet werden. Die Umstellung von Waffen- auf Friedensproduktion dürfte also heute weniger Probleme verursachen, als – unter Ausnutzung von Arbeitsplatzgesichtspunkten – von den Interessenvertretern der Rüstungswirtschaft heute behauptet wird.

Die Entwicklung von Produktion und Aufträgen in der Industrie verläuft fast parallel, auch hier hat es in saisonbereinigter Betrachtung im Januar/Februar eine deutliche Zunahme gegeben, der im März wieder ein Rückfall gefolgt ist.

### Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe<sup>1</sup>

	Insgesamt (1)	Grundstoffe und Produktionsgüter (2)	Investitionsgüter (1)	Verbrauchsgüter (2)
Nov.	-6,5	-11,0	-7,0	-11,2
Dez.	+5,0	+0,1	+0,9	+3,4
Jan.	-4,6	-8,6	-5,2	-8,6
Febr. <sup>2</sup>	-2,2	-6,3	-4,3	-7,9
März <sup>2</sup>	-1,3	-1,8	+0,4	-5,1

(1) Zu jeweiligen Preisen (2) Preisbereinigt  
1 Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr  
2 Vorläufige Zahlen  
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, lfd.)

Die Auftragsbesserung im Januar/Februar war fast ausschließlich der ruckartigen Steigerung der Auslandsaufträge zu verdanken, während der Rückfall im März bei den Inlandsaufträgen mit minus fünf Prozent wesentlich stärker war als bei den Auslandsbestellungen (-1,5).

Der deutliche Aufwärtstrend bei den Auslandsbestellungen hat das konjunkturelle Erscheinungsbild am Jahresanfang günstig beeinflusst. Allerdings fällt es völlig aus dem Rahmen aller anderen Indikatoren, die insgesamt auf den Fortgang der aktuellen Krise hindeuten. Insbesondere sind hierbei die Inlandsbestellungen zu nennen, deren Trend noch immer abwärts gerichtet ist.

Weder die Auslandskonjunktur noch die tatsächliche Entwicklung der Exporte entspricht dem außergewöhnlichen Auftragsstoß aus dem Ausland. Vor allem die Konjunktur in Westeuropa, dem Hauptabnehmergebiet für westdeutsche Ausfuhren, ist weiterhin nach unten gerichtet. In den USA – dorthin gehen allerdings ohnehin nur sechs Prozent der Exporte – ist der im Herbst eingesetzte leichte Aufschwung wieder ins Stocken gekommen.

Erklärt werden kann der Auftragsstoß nur mit der Entwicklung der Wechselkurse. Die DM verlor insbesondere im Januar/Februar ge-

### Auftragseingänge nach Herkunft<sup>1</sup>

	Verarbeiten- des Gewerbe insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
Inland				
Nov.	-7,9	-8,2	-8,1	-7,3
Dez.	+1,4	-1,0	+2,9	+0,8
Jan.	-7,7	-7,2	-8,0	-7,8
Febr.	-5,8	-7,9	-4,9	-4,8
März	-6,9	-6,0	-7,4	-6,9
Ausland				
Nov.	-3,9	-6,4	-2,2	-6,7
Dez.	+12,1	+4,1	+16,6	+5,0
Jan.	+2,1	-1,2	+4,7	-3,9
Febr.	+5,7	+2,7	+7,4	+4,9
März	+11,2	+6,7	+14,5	+4,8

1 Zu jeweiligen Preisen, in % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht)



genüber den Währungen der Handelspartner an Wert, d. h., westdeutsche Waren wurden für die ausländischen Besteller billiger. Den vorläufigen Tiefpunkt gegenüber den Währungen der 23 wichtigsten Handelspartner der BRD erreichte die DM im Februar, seither hat sie sich gegenüber den meisten Währungen – mit Ausnahme des Dollar – wieder etwas stabilisiert. Es ist nun wahrscheinlich, daß die ausländischen Besteller die als nur vorübergehend betrachtete Abwertung der DM genutzt und ohnehin geplante Bestellungen vorgezogen haben. Eine gewisse – allerdings nicht zu überschätzende Rolle – dürfte auch die infolge der DM-Abwertung gestiegene preisliche Konkurrenzfähigkeit der BRD gespielt haben. Insgesamt ist aber wahrscheinlich, daß mit der Stabilisierung des DM-Wechselkurses bei den Auslandsbestellungen ein Rückschlag eintritt, die Auftragsbelegung aus dem Ausland also nicht von Dauer sein wird.

Es ist daher davon auszugehen, daß die zyklische Krise 1980/81 zur Zeit ihren Tiefpunkt noch nicht erreicht hat. Dies nehmen im übrigen auch die meisten Wirtschaftsforschungsinstitute an, die – so z. B. das „Frühjahrgutachten“ der fünf großen Institute – für 1981 mit einem Rückgang des realen Bruttosozialprodukts (BSP) um 1,5 Prozent rechnen. Dies bedeutet, daß frühestens in der zweiten Jahreshälfte eine Konjunkturbelegung erwartet wird.

## 1.2 Geld- und Kapitalmarkt

Die Verlangsamung der Nachfrage nach Krediten, die im Zuge der zunehmenden Konjunkturabkühlung im Laufe des vorigen Jahres deutlich in Erscheinung trat, hat sich Anfang dieses Jahres nicht fortgesetzt. Wie aus der Tabelle „Konsolidierte Bilanz des Bankensystems“ hervorgeht, sind die Kredite an inländische Nichtbanken Ende März um 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen, im Vergleich zu einer Zuwachsrate von 9 Prozent Ende September 1980.

Was die Kredite an Unternehmen und Private anbetrifft, so ist die Beschleunigung ausschließlich den kurzfristigen Krediten zuzuschreiben, so daß es verfrüht wäre, von dieser Entwicklung auf eine Verbesserung des Konjunkturklimas zu schließen.

Die Verminderung der Nettoauslandsforderungen hat sich abgeschwächt: Dazu ist zu bemerken, daß 1) diese Entwicklung nur den Kreditinstituten zu verdanken ist, die ihre Nettoforderungen gegenüber dem Ausland von 14 Milliarden DM Ende 1979 auf 30 Milliarden Ende 1980 verbessern konnten, und daß 2) fast die Hälfte des Verlustes an Reserven der Deutschen Bundesbank auf die starke Reduzierung ihres Aktivsaldos gegenüber dem Europäischen Fonds für Währungspolitische Zusammenarbeit zurückzuführen ist.

### Konsolidierte Bilanz des Bankensystems

	1979	1980	1981 <sup>1</sup>	1979	1980	1981 <sup>1</sup>
	Dezember	März				
	Milliarden DM			Veränderungen gegenüber Vorjahr in %		
Kredite an inländische Nichtbanken	1351,2	1477,3	1496,2	11,5	9,3	10,0
– Unternehmen u. Private	1039,5	1140,6	1155,9	12,2	9,7	10,3
– Öffentliche Haushalte	311,7	336,7	340,3	9,3	8,0	9,0
Netto-Auslandsforderungen	105,1	94,9	91,8	– 19,3	– 9,7	– 12,1
Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten <sup>2</sup>	760,1	832,8	872,7	10,9	9,6	10,7
darunter:						
Spareinlagen und -briefe	267,6	283,7	279,4	7,3	6,0	4,9
Geldvolumen (M <sub>3</sub> )	696,2	739,4	715,3	6,0	6,2	5,7

<sup>1</sup> Vorläufige Zahlen  
<sup>2</sup> Einschließlich „Zentralbankeinlagen der öffentlichen Haushalte“ und „Sonstige Einflüsse“  
 (Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

Parallel zur Entwicklung der Kreditnachfrage verlief auch die Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten: der Tendenzumschwung betraf fast ausschließlich die Bankschuldverschreibungen. Dazu bemerkte die Deutsche Bundesbank: „Der hohe und zeitweise fallende Kapitalzins und die damit einhergehende Aussicht auf Kursgewinne führte in diesem Monat offensichtlich zu umfangreichen Portfolioumschichtungen, insbesondere auch von Spareinlagen in Rentenwerten“ (vgl. Pressemitteilung vom 27. April 1981 „Monetäre Entwicklung im März 1981“).

Auf dem Kapitalmarkt, sowohl dem Primär- wie auch dem Sekundärmarkt, herrschte 1980 und im 1. Quartal 1981 eine rege Tätigkeit.

Wie die Tabelle „Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren“ zeigt, nahm der Nettoabsatz von Rentenwerten stark zu; im ersten Vierteljahr 1981 hat er sich etwa verdoppelt. Ausschlaggebend waren im Vorjahr die Emissionen von Kommunalobligationen und ausländischen Rentenwerten, im ersten Vierteljahr dieses Jahres die Bankschuldverschreibungen insgesamt (Kommunalobligationen, Pfandbriefe, Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten und sonstige Schuldverschreibungen).

### Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren (Milliarden DM)

	1978	1979	1980	1981 <sup>1</sup>
			Jahr	1. Vj.
Anleihen der öffentlichen Hand	11420	6011	4934	312
Kommunalobligationen	15734	15196	24758	6689
Sonstige Bankschuldverschreibungen	13702	21155	16789	5905
Industrieobligationen	–1024	–1116	–1263	–481
Ausländische Rentenwerte	3553	3726	7338	2941
Absatz = Erwerb insgesamt:	43385	44972	52556	15366
darunter:				
Kreditinstitute	21446	3740	17316	2012
Inländische Nichtbanken	18289	39301	33188	13864

<sup>1</sup> Vorläufige Zahlen  
 (Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

1980 nahm das Volumen der öffentlichen Wertpapiere (Anleihen der öffentlichen Hand und Kommunalobligationen) insgesamt stark zu, aber was die Wirkung auf den inländischen Kapitalmarkt betrifft, ist hervorzuheben, daß 40 Prozent der gesamten öffentlichen Verschuldung vom Ausland finanziert wurde, so daß die inländische Quelle 1980 nur 33 Milliarden DM zur Finanzierung der öffentlichen Verschuldung beitrug, im Vergleich zu 1979, als ihr Anteil 41 Milliarden ausmachte. In bezug auf die beachtliche Zunahme des Absatzes von Bankschuldverschreibungen im 1. Quartal 1981 ist zu vermerken, daß etwa 60 Prozent der Rentenwerte mit einer Laufzeit bis einschließlich 4 Jahren begeben wurde; die Anleger bevorzugen jetzt offensichtlich Papiere mit relativ kurzen Laufzeiten und dementsprechend hohem Liquiditätsgrad.

Wie bereits angedeutet, wies auch der Sekundärmarkt eine große Belegung auf: Die Börsenumsätze von Rentenwerten und Aktien der inländischen Emittenten stiegen von 55,7 Milliarden 1979 auf 68,3 1980; besonders stark war die Zunahme der Börsenumsätze von inländischen Rentenwerten, die von knapp 30 Milliarden auf über 40 emporstiegen. Die lebhafte Nachfrage nach Wertpapieren ging auch auf Kosten der Mittelbeschaffung der Investmentfonds, weil immer mehr Anleger von Investmentanteilen auf Direktanlagen umgestiegen sind. So ist das Mittelaufkommen bei den inländischen Investmentfonds von 6,3 Milliarden 1978 auf 2,3 1979 geschrumpft; 1980 kam es sogar zu einem Nettoverkauf von Investmentanteilen in Höhe von 1,2 Milliarden, der sich in diesem Jahr fortgesetzt hat (über 1/2 Milliarde im 1. Quartal).

### Zinsen, Rendite und Kurse am Kredit- und Kapitalmarkt

Zeit	Kontokorrentkredite <sup>1</sup>	Renditen und Anleihen der öffentlichen Hand	Index der Aktienkurse <sup>2</sup>
	in %		29. 12. 1972 = 100
1979			
1. Vj.	6,25	6,7	111,3
2. Vj.	7,01	7,5	105,1
3. Vj.	8,10	7,6	104,5
4. Vj.	9,14	7,9	101,0
1980			
1. Vj.	10,04	8,7	99,7
2. Vj.	11,29	8,8	97,8
3. Vj.	11,53	7,9	101,5
4. Vj.	11,51	8,6	99,3
1981			
1. Vj.	12,24	9,8	98,2

<sup>1</sup> Auf Kredite von 1 bis 5 Millionen DM  
<sup>2</sup> Statistisches Bundesamt  
 (Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

Zinsen und Renditen zeigen seit Mitte 1978 eine steigende Tendenz: im 2. Halbjahr 1980 sah es so aus, als ob der Aufstieg sein Ende gefunden hätte, aber inzwischen hat sich herausgestellt, daß es sich dabei nur um eine kurze Unterbrechung handelte. Im 1. Quartal dieses Jahres tendieren Zinsen und Renditen wieder stark nach oben: Im März erreichten die Zinsen für Kontokorrentkredite der Banken 13,5 Prozent; die Renditen von Anleihen der öffentlichen Hand überschritten die 10-Prozent-Marke, die zuletzt 1974 registriert wurde. Die anhaltende Zinssteigerung wird wesentlich von der Währungspolitik der USA gefördert, die ihrerseits die restriktive Kreditpolitik der Deutschen Bundesbank gerechtfertigt erscheinen läßt, obwohl die Lage am Arbeitsmarkt und die pessimistische Wirtschaftsperspektive eher eine Politik des leichten Geldes nahelegten.

In der Tat ist die kapitalistische Weltwirtschaft mit einer neuen Phase von steigenden Zinsen konfrontiert, die lediglich ein Symptom für ihre Unfähigkeit ist, mit den neuen Problemen und Schwierigkeiten, die in den siebziger Jahren aufgetreten sind, fertig zu werden. In den USA waren die Zinsen Ende 1980 mehr als doppelt so hoch wie Anfang der siebziger Jahre, als eine *prime rate* (Zinssatz auf Bankkredite für eine privilegierte Kundschaft) von 8 Prozent große Aufregung hervorgerufen hatte. Sie hieß es in einem Sonderbericht unter dem Titel „How Interest Rates Got So High“ vom Juni 1970 einer der Großbanken der USA, nämlich des „Manufacturers Hanover Trust“: „Wie jedem schmerzlich bewußt ist, sind die Zinssätze in unserem Land auf ihrem höchsten Niveau seit einem Jahrhundert.“

Damals klagten auch die bürgerlichen Kommentatoren, daß der Kapitalismus nicht so funktionierte, wie es in ihren Lehrbüchern stand: „Es war, bevor der Erfahrungsdruck aus den erwähnten Daten einsetzte, völlig plausibel und vernünftig anzunehmen, daß der wirtschaftliche Fortschritt, in den Vereinigten Staaten bis hin zu der einst vielzitierten „Gesellschaft im Überfluß“, insbesondere auch des Kapitalangebots, von einem wenigstens langfristig sinkenden Zinstrend begleitet sein würde. Die bisherige Entwicklung von Höhepunkt zu Höhepunkt ansteigender Preise für geliehenes Geld und Kapital, bei von Boom zu Boom steigenden Geldwertschwundraten, widerspricht so ziemlich allem, was aufgrund elementarer sozialökonomischer Theorie und Logik zu erwarten gewesen wäre“ (*säkulare steigender Zinstrend?* in „IFO-Schnelldienst“, Nr. 32/33 vom 8. 8. 1973, S. 5).

Der „kleine“ Irrtum der bürgerlichen Experten besteht darin, daß sie die Ökonomie mit dem Kapitalismus gleichsetzen. Von einer florierenden Wirtschaft mit steigendem Wohlstand und einem großen Produktionsapparat wäre ein sinkender Zinstrend durchaus zu erwarten; die reale kapitalistische Wirtschaft funktioniert aber eben nicht, wie ihre Apologeten annehmen, indem sie den Kapitalismus als Reich der reinen Ökonomie verstehen.

## 1.3 Investitionen

Die Investitionstätigkeit, auf deren relative Stabilität im Abschwung die meisten offiziellen und offiziellen Konjunkturprognostiker gebaut hat-

ten, hat sich weiter abgeschwächt. Allerdings kann bis jetzt von einem regelrechten Investitionseinbruch nicht gesprochen werden.

### Anlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft<sup>1</sup>

	1979	1980	1. Hj. 1981 <sup>2</sup>	2. Hj. 1981 <sup>2</sup>
Ausrüstungen	+9,5	+2,9	–3,0	–4,0
Bauten	+7,6	+4,4	–6,0	–3,5
Insgesamt	+8,4	+3,7	–4,5	–3,5

<sup>1</sup> Veränderung gegenüber dem Vorjahr, in festen Preisen

<sup>2</sup> Schätzung des „Frühjahrgutachtens“  
 (Quelle: Wirtschaftskonjunktur 4/1981)

Der Rückgang der Investitionen ist besonders bei den Bauinvestitionen ausgeprägt. Dies ist sowohl eine Folge der staatlichen Haushaltspolitik als auch Ausdruck der Rationalisierungstätigkeit in der Industrie, durch die der Bedarf an Neubauten vermindert wird. Bei beiden Aspekten handelt es sich um eine längerfristige, strukturell bestimmte Erscheinung.

### Staatliche Sachinvestitionen in der mittelfristigen Finanzplanung<sup>1</sup>

	In Milliarden DM				
	1980	1981	1982	1983	1984
Bund	8,2	7,4	7,6	7,8	7,9
Länder	10,0	10,0	9,8	10,0	10,0
Gemeinden	40,2	39,0	39,0	36,0	32,0
Gesamt	58,4	56,4	56,4	53,8	49,9

	1980	1981	1982	1983	1984
Bund	+ 3,0	–9,8	+2,7	+2,6	+1,3
Länder	+12,4	0,0	–2,0	+2,0	0,0
Gemeinden	+15,5	–3,0	0,0	–7,7	–11,1
Gesamt	+13,0	–3,4	0,0	–4,6	–7,3

<sup>1</sup> In jeweiligen Preisen  
 (Quelle: DIW-Wochenbericht, 18/81, S. 211)

Ausgerechnet im Hauptkrisenjahr 1981 fallen die Einschränkungen der staatlichen Investitionsausgaben – bestehend vorwiegend aus Bauinvestitionen der Gemeinden – besonders drastisch aus, ein wichtiges Moment zur Verschärfung der Krise. Für den gesamten Planungszeitraum bis 1984 errechnet sich ein nominaler Investitionsrückgang um jährlich vier Prozent. In realer Rechnung bedeutet das eine Einschränkung um 8 Prozent. Der Anteil der Investitionen an den Staatsausgaben würde von 12 auf 8 Prozent sinken, ein historischer Tiefpunkt.

Die Investitionsplanungen in der verarbeitenden Industrie – hier überwiegend die Ausrüstungsinvestitionen (Maschinen, Anlagen usw.) – deuten auf eine stabilere Entwicklung hin, allerdings ohne daß daraus besondere Konjunkturimpulse zu erwarten wären. Im Vergleich zu den sechziger, aber auch noch zur ersten Hälfte der siebziger Jahre bleibt die private Investitionstätigkeit gedämpft.

### Investitionsquote der verarbeitenden Industrie<sup>1</sup>

1966–70	1971–75	1976	1977	1978	1979	1980	1976–80	1981–85 <sup>2</sup>
5,6	5,0	3,9	3,9	4,1	4,3	4,6	4,2	4,2

<sup>1</sup> Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Umsatz in Prozent, zu jeweiligen Preisen  
<sup>2</sup> Ergebnis der Ifo-Unternehmensbefragung v. Dezember 1980  
 (Quelle: Ifo-Schnelldienst 12/1980)

Der für die Investitionsentwicklung viel diskutierte Aspekt des mit der Energievertierung entstehenden zusätzlichen Investitionsbedarfs schlägt sich in der Gesamtentwicklung nicht so stark nieder, wie anfangs erwartet.

## 1.4 Außenwirtschaft

Die neue kapitalistische Weltwirtschaftskrise hat sich deutlich auch im Welthandel niedergeschlagen. Sein Volumen hat 1980 nur noch geringfügig um ein Prozent zugenommen – gegenüber sechs Prozent im Vorjahr. Die wertmäßige Steigerung des internationalen Güterausbaus um etwa 20 Prozent auf knapp 2000 Milliarden Dollar war weitgehend inflationsbedingt.

Für 1980 wird ein leichter realer Rückgang des Welthandelsvolumens erwartet, zum Teil eine Folge der rückläufigen Erdölimporte. Gemessen an den Indikatoren Welthandel und Weltindustrieproduktion, wird das Jahr 1980 in einer Analyse des Gatt-Sekretariats, einer supranationalen Handelsinstitution vorwiegend kapitalistischer Länder, als „eines der drei schlechtesten in den letzten drei Jahrzehnten“ bezeichnet (Neue Zürcher Zeitung v. 17. 3. 1981, Fernausgabe). Vergleichbar schlecht seien demnach nur noch die Jahre 1958 und 1975 gewesen.

Hauptgrund für die Stagnation im Welthandel ist die Krise in den kapitalistischen Ländern, auf die immer noch der größte Teil des internationalen Handels entfällt.

### Weltexporte 1980

	Mrd. Dollar	Anteil in %
Insgesamt	1985	100
Kapitalistische Industrieländer	1228	61,9
OPEC-Länder	294	14,8
Entwicklungsländer	247	12,4
Sozialistische Länder	176	8,9

(Quelle: Neue Zürcher Zeitung v. 17. 3. 1981, Fernausgabe)

Der Anteil der sozialistischen Länder dürfte real etwas zu niedrig berechnet sein, da dort die Preise den Weltmarktpreisen nur mit Verzögerung und um spekulative und konjunkturelle Veränderungen geglättet folgen.

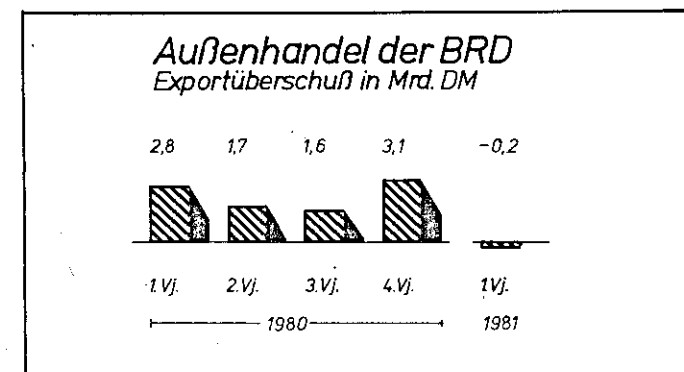
Eine gewisse Bedeutung für die Welthandelsstagnation hat auch die Zunahme protektionistischer Regelungen auf einigen Gebieten. So erreichte die Zahl der dem Gatt zur Schlichtung vorgelegten handelspolitischen Konflikte 1980 einen Rekord.

Die Welthandelsstagnation wirkte sich auch auf den Außenhandel der Bundesrepublik aus. Exporte und Importe steigen zwar weiter an, dies aber nur preisbedingt. Preisbereinigt ergibt sich bei den Exporten im ersten Quartal 1981 ein leichter Rückgang um 2 Prozent, bei den Im-

### Außenhandel der BRD

	Exporte		Importe		Saldo	
	In Mrd. DM	% <sup>1</sup>	In Mrd. DM	% <sup>1</sup>	In Mrd. DM	% <sup>1</sup>
1. Vj. 80	88,9	+19,5	86,1	+29,5	+2,8	-64,1
2. Vj. 80	87,5	+11,3	85,8	+19,8	+1,7	-75,7
3. Vj. 80	82,9	+ 8,5	81,3	+11,5	+1,6	-54,3
4. Vj. 80	91,1	+ 6,9	88,0	+ 6,0	+3,1	+10,7
1. Vj. 81	91,2	+ 2,6	91,4	+ 6,2	-0,2	-

<sup>1</sup> In % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)



porten ist der Rückgang mit real sechs Prozent deutlicher. Dies ist vor allem auf den mengenmäßigen Rückgang der Öleinfuhren um 20 Prozent zurückzuführen, eine Reaktion der Importeure auf die übervollen Lager und die für Importe ungünstige Wechselkursituation der DM.

In der Handelsbilanz ergab sich – erstmals seit langer Zeit – über ein ganzes Quartal ein leichtes Defizit. Dies sollte nicht überbewertet werden, es ist vor allem auf statistische Einflüsse zurückzuführen. Für das ganze Jahr 1981 wird wieder ein leichter Anstieg des Überschusses in der Handelsbilanz auf etwa 11 Milliarden DM erwartet. Immerhin wird deutlich, daß die Exportstrategie der Bundesrepublik an zunächst kaum zu überwindende Grenzen gestoßen ist, daß die Bundesrepublik angesichts international sich verengender Märkte nicht in der Lage ist, sich auf Kosten der übrigen Länder am Zopf des Exports aus dem Sumpf der unzureichenden Inlandsnachfrage zu ziehen.

Dies sollte die Verantwortlichen veranlassen, ihr einseitig außenwirtschaftlich ausgerichtete Strategie zugunsten einer stärker an den Binnenmärkten orientierten Linie aufzugeben – wovon allerdings gegenwärtig trotz der Kritik aus den Gewerkschaften nicht gesprochen werden kann.

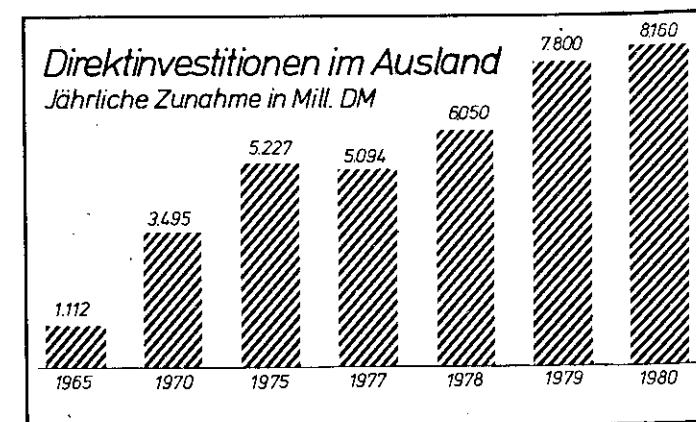
Während die Warenexporte unter der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise leiden, steigen die Kapitalexporte in Form von Direktinvestitionen trotz Leistungsbilanzdefizit weiter an. Auffallend ist, daß jede Krisenphase seit 1966/67 mit einer kräftigen Anhebung der Kapitalexporte einhergeht.

### Direktinvestitionen im Ausland<sup>1</sup>

	Jährliche Zunahme	Bestand
1965	1112	8317
1970	3495	21113
1971	2668	23781
1972	2816	26597
1973	5638	32235
1974	4530	36765
1975	5227	41992
1976	5056	47048
1977	5094	52142
1978	6050	58100
1979	7800	66000
1980	8160	74200

<sup>1</sup> In Millionen DM  
(Quelle: Ifo-Schnelldienst 20/78, S. 9; Bundeswirtschaftsministerium lt. Pressemitteilungen)

Dieser Trend dürfte sich in den nächsten Jahren fortsetzen und verstärken. Auf die Frage des Ifo-Instituts an 395 zumeist große Unternehmen, wie sich ihre Auslandsengagements in den nächsten Jahren entwickeln sollen, antworteten 79 Prozent, daß der Auslandsumsatz stärker angehoben werden soll als der Inlandsumsatz, nur 2 Prozent wollten im Inland stärker expandieren.



Bei den Investitionen planen 53 Prozent eine stärkere Erweiterung im Ausland als im Inland, nur 12 Prozent wollen die Inlandsinvestitionen stärker anheben.

Im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussionen der letzten Monate steht die Entwicklung des DM-Kurses. Vor allem gegenüber dem Dollar ist eine kräftige Abwertung erfolgt.

### Dollarkurs in DM<sup>1</sup>

	Ein Dollar kostet
1976	2,52 DM
1977	2,32 DM
1978	2,01 DM
1979	1,83 DM
1980	1,82 DM
1981 <sup>2</sup>	2,32 DM

<sup>1</sup> An der Frankfurter Devisenbörse, Mittelkurs  
<sup>2</sup> Am 14. 5. 1981  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.; Presseberichte)

Auch gegenüber den westeuropäischen Währungen geriet die DM zeitweilig unter Druck, es wurde sogar von einer Abwertung im Rahmen des Europäischen Währungssystems (EWS) gesprochen, in dem die Wechselkurse in gewissen Grenzen fest sind. Diese Schwäche war jedoch nur kurzzeitig, inzwischen hat die DM gegenüber den meisten anderen Währungen wieder an Wert gewonnen.

Für die Bundesregierung und die Konzerne ist die Entwicklung gegenüber dem Dollar problematisch, obwohl die Exporte von Waren dadurch eher etwas erleichtert werden: Die Rohstoffimporte, insbesondere von Rohöl, werden verteuert – die meisten Rohstoffpreise werden in Dollar gerechnet. Bis 1980 hatte die Abwertung des Dollar gegenüber der DM die Bundesrepublik von der Ölpreisentwicklung teilweise abgekoppelt, die tatsächlichen Einfuhrpreise stiegen wesentlich langsamer als die in Dollar gerechneten Weltmarktpreise. Dieser Effekt hat sich inzwischen umgekehrt. So stieg zwischen Februar 1980 und Februar 1981 der Weltmarktpreis je Tonne Rohöl von 242 auf 278 Dollar, also um knapp 15 Prozent. Da sich im gleichen Zeitraum der Dollarkurs von 1,75 DM auf 2,14 DM erhöhte, stieg der Einfuhrpreis je Tonne von 423,- DM auf 595,- DM, also um gut 40 Prozent. Zwar wurde dadurch nur ein Teil der Ersparnis aufgezehrt, die in den letzten Jahren durch die Aufwertung der DM erzielt wurde, die kurzfristige Betrachtung dramatisiert die Entwicklung. Zudem ist zu beachten, daß der Anstieg der Einfuhrpreise nicht mit der Entwicklung der tatsächlichen Kosten verwechselt werden darf: Die hohen, zu niedrigeren Preisen eingekauften Lagerbestände erlauben es den Konzernen, ihre Beschaffungspolitik so zu steuern, daß sie Spitzen beim Wechselkurs ausgleichen können.

Trotzdem beunruhigt diese Entwicklung die herrschende Wirtschaftspolitik sehr: sie bedroht die expansionistische Konzeption, die wesentlich auf der starken DM und der damit verbundenen Entlastung bei den Rohstoffpreisen basiert.

Gleichzeitig ist auch die Kapitalexportstrategie gefährdet. Die Aufwertung der DM hatte den Kauf von Produktionsanlagen und Unternehmensbeteiligungen im Ausland verbilligt und entsprach so einer Orientierung, die das Schwergewicht der Außenwirtschaft etwas vom nach wie vor bedeutsamen Waren- zum Kapitalexport verlagern will. Weniger problematisch ist der mit dem Defizit der Leistungsbilanz und dem Direktinvestitionsexport verbundene Abfluß von Devisen bei der Bundesbank. Dem steht zur Zeit sogar ein Devisenzufluß gegenüber, der eine Folge des Geldkapitalimports ist. Zum Beispiel konnte die Bundesbank allein im März einen Überschuß von 8 Milliarden DM bei der Zahlungsbilanz verzeichnen, d. h. die Devisenposition verbesserte sich. Im ersten Quartal wurde trotz eines Defizits in der Leistungsbilanz von 9 Milliarden DM ein Zahlungsbilanzüberschuß von 2 Milliarden erzielt. Dies hängt mit der Kreditaufnahme von Unternehmen auf dem Eurogeldmarkt zusammen. Auch die verstärkte Finanzierung des Defizits der Staatshaushalte durch Auslandskredite führt zu Geldkapitalimport und Devisenzuflüssen. Schließlich ist anzumerken, daß die Bundesbank mit ihren hohen Goldbeständen einen Devisenvorrat besitzt, der sie immer noch zu einer der bestversorgten Notenbanken macht.

Wenn die Bundesbank zur Zeit versucht, durch ihre Hochzinspolitik im Inland ausländisches Geldkapital anzulocken und eine weitere Abwertung der DM gegenüber dem Dollar zu stoppen, so steht dabei die erwähnte Expansionsstrategie im Mittelpunkt: die BRD soll ihre alte außenwirtschaftlich bedingte Sonderrolle wiedergewinnen, auch wenn dadurch im Inland Wachstum und Arbeitsplätze gefährdet werden, die Krise vertieft wird.

## 2 Unternehmerrgewinne

Die Unternehmerrgewinne sind in der Regel sehr konjunkturreagibel, d. h. eine zyklische Krise führt zu einem Gewinnrückgang, eine Belebung läßt die Gewinne ansteigen. Dies hängt damit zusammen, daß Absatzschwankungen zuerst die Gewinnrealisierungsmöglichkeiten berühren, erst mit Zeitverzögerung können Produktion und Kosten angepaßt werden. Die Unverkäuflichkeit von Waren schlägt sich bei beginnender Krise ungünstig in der Gewinnrechnung nieder. Die Unterscheidung zwischen Gewinnproduktion und Gewinnrealisierung hat einen unmittelbar praktischen Aspekt: Von Unternehmerseite wird bei beginnender Krise von den Gewerkschaften verlangt, unter Hinweis auf Gewinnrückgänge bei den Lohnforderungen „maßzuhalten“ bzw. – wie in der abgelaufenen Lohnrunde – eine „Lohnpause“ einzulegen. Tatsächlich hat aber der Gewinnrückgang in der Krise nichts mit „Lohnkosten“, „Ölpreisen“ oder ähnlichen „Kostenfaktoren“ zu tun. Er ist Folge einer Absatzstockung: Entweder die zu normalen Kosten und Profitaufschlägen produzierten Waren können nicht verkauft werden, oder die Produktion wird schon vorher gesenkt, Kapazitäten stehen leer, die zwar Kosten verursachen, aber nicht auf Produkte übertragen werden können. Daher können konjunkturell bedingte Gewinneinbrüche für Tarifabschlüsse nicht als Orientierungspunkt genommen werden: Das würde bedeuten, das vom Unternehmer zu tragende Risiko – daß die produzierten Produkte auch verkauft werden können – auf die Arbeiter und Angestellten zu überwälzen, die schließlich für Absatzstockungen nicht verantwortlich gemacht werden können. Eine „Lohnpause“, d. h. real ein Lohnverzicht, würde im Gegenteil die Absatzkrise verstärken und die Unternehmerrgewinne trotz niedrigerer „Lohnkosten“ in der Produktion weiter unter Druck setzen, was die Kapitaleseite erneut zu Appellen an die „Lohndisziplin“ der Arbeiter und Angestellten veranlassen würde. Ziel solcher Unternehmerrkampagnen ist es, die Krisensituation zu Kostensenkungen in der Produktion zu nutzen, so daß bei einer „Normalisierung“ der Absatzlage im Zuge der Konjunkturbelebung die Gewinnposition dauerhaft verbessert wird. Dieses Muster hat in der Vergangenheit teilweise funktioniert, die Verteilungsposition der Unternehmer wurde tendenziell deutlich verbessert. Daran ändert der gegenwärtige krisenbedingte Rückgang der Gewinne nichts, der angesichts der bereits erreichten Tiefe der Krise nur als geringfügig zu bezeichnen ist.

### Einkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen<sup>1</sup>

	1979	1. Hj. 1980	2. Hj. 1980	1. Hj. 1981 <sup>2</sup>	2. Hj. 1981 <sup>2</sup>
Brutto	+ 9,1	+5,9	-0,4	-4,0	+4,5
Netto	+11,6	+7,8	+0,5	-4,5	+4,5

<sup>1</sup> Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr  
<sup>2</sup> Schätzung des „Frühjahrgutachtens“  
(Quelle: Wirtschaftskonjunktur 4/81)

Es ist immerhin bemerkenswert, daß in einer so tiefen Krise wie der gegenwärtigen – das „Frühjahrgutachten“ rechnet mit einem Rückgang des realen BSP um immerhin 1,5 Prozent für 1981 – immer noch eine Stagnation bzw. ein leichter Anstieg der Gewinne erwartet werden kann. Eine im Vergleich zur Tiefe der Krise stabile Gewinnentwicklung wird auch in verschiedenen anderen Schätzungen erwartet, die sich auf die Unternehmerrgewinne im engeren Sinne beziehen. So rechnet die Deutsche Gesellschaft für Anlageberatung (Degab) im Durchschnitt von 140 untersuchten Unternehmen mit einem Gewinnrückgang im



laufenden Jahr von 6 bis 8 Prozent. Dabei ist die Entwicklung sehr differenziert: In der Elektroindustrie soll es einen Zuwachs um 10 Prozent geben, bei der Automobilindustrie wird ein Minus von ebenfalls 10 Prozent erwartet.

Ähnlich sind die Ergebnisse der Gewinnanalyse der BHF-Bank: Von 39 untersuchten Unternehmen wird immerhin noch 9 Gesellschaften ein Gewinnplus zugetraut, darunter vor allem Maschinenbauunternehmen. Daimler-Benz wird demnach trotz Autokrise einen gegenüber dem Vorjahr unveränderten Rekordgewinn von 54 DM je 50-DM-Aktie erzielen. Nicht berücksichtigt sind in der BHF-Analyse die Banken, die 1981 meist besser verdienen dürften als im Vorjahr.

An dieser Stelle soll am Rande ein bemerkenswertes Ereignis registriert werden: Die Deutsche Bundesbank erwirtschaftete einen Rekordüberschuß in Höhe von 8,1 Milliarden DM, ein Anstieg um 17 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Bund erhielt daraus nach dem Ausgleich von währungsbedingten „Bilanzverlusten“ und Rücklagenzuweisungen eine Rekordüberweisung in Höhe von 2,3 Milliarden DM. Außerdem ist erwähnenswert, daß die Bundesbank allein durch ihre Kreditgeschäfte und die Anlage von Devisenreserven einen Zinsüberschuß von 9,5 Milliarden DM erhielt, annähernd 20 Prozent mehr als im Vorjahr.

Die Hochzinspolitik wirkt sich auf die Ertragslage der Bundesbank ausgesprochen positiv aus – was diese Politik zwar nicht erklärt, aber sicher von der Bank als Nebenergebnis begrüßt wird.

Die vergleichsweise stabile Gewinnentwicklung in einer Wirtschaftskrise unterstreicht, daß es den Unternehmen in den letzten Jahren gelungen ist, ihre Positionen dauerhaft zu verbessern, daß der Gewinnboom von 1978/79 keine einmalige und vorübergehende Erscheinung war.

## 3 Lage der Arbeiterklasse

### 3.1 Löhne und Gehälter

Die Entwicklung der Löhne und Gehälter verlangsamt sich deutlich, wobei sowohl die Tarifabschlüsse als auch die unmittelbaren Auswirkungen der Krise eine Rolle spielen.

Die Verlangsamung der tariflichen Einkommen (Abschlüsse zwischen 4,3 und 4,9 Prozent) schlägt sich statistisch noch nicht nieder, die Abschlüsse erfolgten dieses Jahr besonders spät.

#### Tariflohn- und -gehaltsniveau<sup>1</sup>

	1979	1980	Jan.	Febr.
	+4,8	+6,7	+6,9	+5,8

<sup>1</sup> Auf Monatsbasis, in Prozent gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

Deutlicher schlägt sich bereits im letzten Quartal 1980 die Krise in der Lohnentwicklung nieder. Die Lohndrift, das heißt die Differenz zwischen der prozentualen Erhöhung der Tarifeinkommen und der Effektivlohnentwicklung ist negativ geworden.

#### Lohndrift 1980<sup>1</sup>

	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Tariflöhne	+4,2	+6,6	+7,5	+7,5
Effektivlöhne	+9,3	+7,1	+7,8	+5,7
Lohndrift	+5,1	+0,5	+0,3	-1,8

<sup>1</sup> Wochenlöhne der Arbeiter, Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: DIW-Wochenbericht 18/81, S. 216)

Die Hauptursache der Lohndrift ist die Veränderung der geleisteten Arbeitsstunden infolge von Kurzarbeit und Überstundenarbeit. Im letzten Quartal 1980 fiel dabei vor allem der Rückgang der Stundenzahl im Bauhauptgewerbe um mehr als 10 Prozent ins Gewicht, was sowohl

witterungsbedingt ist als auch die beginnende Krise der Bauwirtschaft kennzeichnet. Aber auch im verarbeitenden Gewerbe ist ein Rückgang um 2,4 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum zu registrieren.

Nach Abschluß der wichtigsten Tarifrunden ist eine erste Schätzung der Reallohnentwicklung 1981 möglich.

#### Reallohnentwicklung<sup>1</sup>

	1978	1979	1980	1. Hj. 1981 <sup>2</sup>	2. Hj. 1981 <sup>2</sup>
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+6,4	+7,4	+7,6	+3,0	+2,5
Nettolohn- und -gehaltssumme	+7,5	+7,7	+5,9	+3,0	+2,5
Je Beschäftigten	+6,2	+5,9	+4,9	+3,5	+4,5
Inflationsrate <sup>3</sup>	+2,7	+4,1	+5,5	+5,5	+4,5
Realeinkommen je Beschäftigten	+3,5	+1,8	-0,5	-2,0	0,0

<sup>1</sup> Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr

<sup>2</sup> Schätzung des „Frühjahrgutachtens“

<sup>3</sup> Lebenshaltung aller Haushalte

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Iff.; Wirtschaftskonjunktur, 4/81; eigene Berechnungen)

Demnach werden die Realeinkommen der Beschäftigten 1981 um etwa ein Prozent sinken. Infolge zunehmender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit werden die Haushaltseinkommen der Arbeiter und Angestellten aber noch stärker reduziert werden. Zudem ist anzumerken, daß die Prognose des „Frühjahrgutachtens“ von einer Konjunkturbelebung zur Jahresmitte ausgeht, die sich ansatzweise auch in einer leichten Beschleunigung der Nominallohntwicklung niederschlägt. Dies ist aber bis jetzt nur eine Hoffnung. Schließlich muß darauf hingewiesen werden, daß die Annahmen bezüglich der Preisentwicklung sehr optimistisch sind. Wahrscheinlich ist, daß die Inflationsrate für das Jahr 1981 deutlich über den von den Instituten angenommenen fünf Prozent liegen wird.

Es muß betont werden, daß dies eine Durchschnittsberechnung ist, die sämtliche Löhne und Gehälter einbezieht, sowohl die unteren und mittleren Einkommensgruppen als auch die Spitzenverdiener und Manager. Besonders problematisch ist diese Durchschnittsbetrachtung zur Zeit wegen der ungleichmäßigen Auswirkungen der „Reform“ der Einkommensteuer im laufenden Jahr. Damit ist im Durchschnitt eine leichte Steuerentlastung verbunden, die durch die Erhöhung der Sozialbeiträge (Renten- und Krankenversicherung) wieder aufgezehrt wird. Im Durchschnitt kann also davon ausgegangen werden, daß die Wirkung der öffentlichen Abgaben in diesem Jahr nicht progressiv ist, das heißt, die Brutto- und Nettoeinkommen entwickeln sich parallel. Die steuerliche Entlastung fällt aber erst bei Einkommen über 3000 DM im Monat ins Gewicht, während die Erhöhung der Sozialbeiträge in etwa gleichmäßige Auswirkungen hat (vgl. „Informationen...“ 4/1980). Tatsächlich erhöht sich daher die Abgabenbelastung bei den unteren und mittleren Einkommen, nur bei den hohen und sehr hohen Bezügen ist eine gewisse Entlastung wirksam.

Infolgedessen ist der Reallohnverlust für den „Normalverdiener“ deutlich höher, als es die Durchschnittsbetrachtung ausweist.

Ein Beispiel dafür berechnet die Bremer Arbeiterkammer für einen Industriearbeiter, der ein Durchschnittseinkommen bezieht.

#### Reallohnentwicklung eines Industriearbeiters 1981<sup>1</sup>

	1980	DM	1981 Veränderung in %
Bruttomonatslohn	2511,47	2637,04	+ 5,0
Lohn-/Kirchensteuer	294,08	318,92	+ 8,4
Krankenkasse <sup>2</sup>	155,67	175,31	+12,6
Arbeitslosenversicherung	37,66	39,54	+ 5,0
Rentenversicherung	225,97	243,85	+ 7,9
Abzüge insgesamt	713,38	777,62	+ 9,0
Nettomonatslohn	1798,09	1859,42	+ 3,4
Preisentwicklung	—	—	+ 5,0
Reallohnentwicklung	—	—	- 1,6

<sup>1</sup> Industriearbeiter, verheiratet, ein Kind, Steuerklasse III  
<sup>2</sup> Ortskrankenkasse Bremerhaven, Beitragssatz seit 1. 1. 1981 bei 13,3 %  
(Quelle: Arbeiterkammer Bremen, hektographiertes Manuskript)

Festzustellen ist, daß bei Einkommen um 2500,— DM die Lohnsteuerbelastung trotz der „Reform“ immer noch schneller steigt als das Bruttoeinkommen, also weiter progressiv wirkt. Die „Ersparnis“ gegenüber dem alten Steuertarif beläuft sich im Monat auf 50 Pfennig. Bei einem Bruttomonatseinkommen von 5500,— DM dagegen fällt die Entlastung ins Gewicht, hier werden monatlich 77,60 DM weniger an Steuern gezahlt.

Eine Lohnerhöhung um brutto 5 Prozent bedeutet für den angenommenen Durchschnittsverdiener eine Nettoerhöhung um nur 3,4 Prozent. Die daraus errechnete Reallohnsenkung von 1,6 Prozent muß noch als optimistische Schätzung gelten, da die Preisentwicklung aller Voraussicht nach über fünf Prozent liegen wird.

### 3.2 Sozialabbau

Der Abschnitt „Sozialabbau“ wird in den „Informationen...“ immer mehr zu einer ständigen Einrichtung. In kurzen Abständen kommen zu den nach der Bundestagswahl angekündigten bzw. beschlossenen Kürzungsmaßnahmen im sozialen Bereich (vgl. „Informationen...“ 4/1980) neue Meldungen.

– **Krankenkassen:** Nach der kräftigen Heraufsetzung der Beiträge hat die „konzertierte Aktion“ im Gesundheitswesen (bestehend aus Bundesregierung, Kassenärzten, Krankenkassen und Pharmaindustrie) sich auf neue Maßnahmen zur „Kostendämpfung“ geeinigt.

Demnach sollen beschleunigt 50 000 Krankenhausbetten abgebaut werden. Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen sollen nur noch um 4 Prozent steigen, daher werden die Ärzte aufgefordert, die Zahl der Verordnungen möglichst nicht auszuweiten. Diskutiert wurde auch eine Begrenzung des Honorarvolumens für Ärzte, dies wurde jedoch nicht in die Empfehlungen der „Aktion“ einbezogen. Verschlechterungen sind weiter bei den Zuschüssen zum Zahnersatz geplant.

– **Rentenversicherung:** Erstmals nach drei Jahren ist für 1982 wieder eine an der Lohnentwicklung orientierte Rentenanpassung beschlossen worden, die 5,8 Prozent betragen soll. Dies kann allerdings kaum als Fortschritt bezeichnet werden, da nun auch die Lohnentwicklung real durch Stagnation bzw. Reallohnverluste gekennzeichnet ist. Die Erhöhung um 5,8 Prozent für 1982 dürfte – nach 3 Jahren der Stagnation – nur zu einer geringen realen Verbesserung führen. Zudem wird von 1983 an ein Krankenkassenbeitrag von den Rentnern erhoben, der allerdings zunächst durch einen gleich hohen Zuschuß ausgeglichen werden wird. Trotzdem errechnet sich aus dieser Neuordnung eine zusätzliche Belastung, da ein Beitrag in Höhe von 5,9 Prozent (halber Beitragssatz) auch auf die der Rente vergleichbaren Zusatzeinkommen erhoben wird (z. B. Versorgung der Beamten und Soldaten, Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst).

– **Ausbildungsförderung:** Die Anhebung der Bedarfssätze für Schüler und Studenten und der Freibeträge der Eltern wird um ein halbes Jahr bis zum 1. April 1982 verschoben. Der Berechtigtenkreis bei der Zweit- und Zusatzausbildung wird eingengt, das Elterneinkommen wird stärker angerechnet.

– **Sparprämien:** Im Zusammenhang mit den Mehranforderungen im Rüstungshaushalt wurde eine zusätzliche Kürzung der Sparprämien um 220 Millionen beschlossen. Die bereits nach der Bundestagswahl festgelegten Einschränkungen werden also noch verschärft werden. Verschiedene andere in diesem Zusammenhang geplante Einsparungen wurden noch nicht näher spezifiziert.

– **Bundesanstalt für Arbeit:** Der rapide Anstieg der Arbeitslosigkeit – der allerdings schon bei den Haushaltsberatungen im vergangenen Jahr vorausgesehen war – hat die Bundesanstalt in neue Finanzierungsschwierigkeiten gestürzt. Sie hat daher in einem Nachtragshaushalt zusätzliche Anforderungen an den Bundeshaushalt in Höhe von 5 Milliarden DM gestellt. Davon werden jedoch nur etwa 4,5 Milliarden DM bewilligt, die durch Kreditaufnahmen finanziert werden sollen. Es bleibt – soweit absehbar – ein „Loch“ in Höhe von 550 Millionen DM im Haushalt der Bundesanstalt, das durch interne

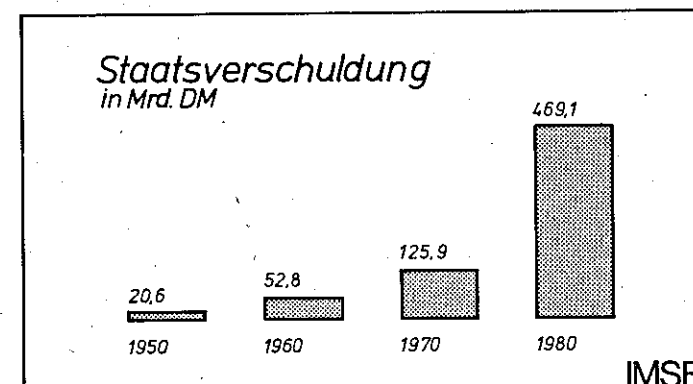
Einsparungen geschlossen werden soll. Dies soll durch Kürzung bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen um 170 Millionen und bei der beruflichen Bildung und der Rehabilitation von Behinderten (im Jahr der Behinderten!) um 350 Millionen erfolgen. Hartnäckig hält sich das Gerücht, daß in absehbarer Zeit eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozent geplant ist. Nach der Sommerpause sollen Maßnahmen gegen „Mißbräuche“ bei der Arbeitsförderung ergriffen werden: Für Bundesarbeitsminister Ehlenberg zählen dazu z. B. die Leistungen für Arbeitslose, die mit 59 Jahren gekündigt werden und bis zum Übergang in die vorgezogene Rente Arbeitslosengeld erhalten. Diese Möglichkeit soll beseitigt werden. Außerdem soll das Arbeitslosengeld bei der Berechnung des Lohnsteuerjahresausgleichs einbezogen werden.

Nach wie vor verfolgt die Bundesregierung beim Sozialabbau eine vergleichsweise vorsichtige Taktik: Die Leistungen werden nicht auf einen Schlag, sondern Schritt für Schritt abgebaut, wobei jeweils immer wieder andere, zum Teil nur kleine Gruppen betroffen sind. Vorbereitet werden solche Aktionen durch entsprechende Kampagnen über „Mißbrauch“ von Sozialleistungen. Auch die Praxis, absehbare zukünftige Belastungen in den Sozialhaushalten zunächst nicht einzukalkulieren, um nachher angebliche „unerwartete“ Mehrausgaben als Begründung für Leistungskürzungen anführen zu können, gehört dazu.

Bekannt ist, daß der Sozialabbau nicht nur im staatlichen Bereich, sondern auch in der privaten Wirtschaft, bei den „freiwilligen Sozialleistungen“, vorgenommen wird. Ein besonders spektakulärer Fall, die Kürzung der Betriebsrenten bei AEG, soll hier erwähnt werden. Betroffen sind fast 80 000 Arbeiter und Angestellte, eingespart werden sollen auf lange Sicht 3,1 Milliarden DM. Die Kürzungen sind einschneidend. Ein AEG-Beschäftigter mit 25 Jahren Betriebszugehörigkeit und 25 000 DM Jahreseinkommen erhielt nach der alten Regelung eine Zusatzrente von immerhin 6250,— DM im Jahr. Nach der neuen Regelung bekommt er nur noch 2000,— DM. Auswirken wird sich die Neuordnung aktuell nur wenig, langfristig aber fallen die Maßnahmen stark ins Gewicht.

Die erwähnten Haushaltsberatungen im Zusammenhang mit den Nachforderungen aus dem Rüstungshaushalt und der Bundesanstalt für Arbeit haben deutlich gemacht, wie brüchig die gesamte auf „Haushaltskonsolidierung“, das heißt auf Abbau der Verschuldung gerichtete Politik ist. Ursprünglich sollte der Ausgabenanstieg im Bundeshaushalt auf 4 Prozent gegenüber dem Vorjahr beschränkt werden. Nach den neuesten Daten liegen die geplanten Ausgaben nun schon um 7,2 Prozent höher. Das Finanzierungsdefizit (Neuverschuldung), das ursprünglich auf knapp 28 Milliarden zurückgeführt werden sollte, wird nach dem gegenwärtigen Stand auf 34 Milliarden erhöht werden. Hauptfaktoren dafür sind die zusätzlichen Anforderungen der Bundesanstalt in Höhe von etwa 4,5 Milliarden, höhere Zinskosten von 700 Millionen, Steuermindereinnahmen von 800 Millionen und die zusätzlichen Rüstungsanforderungen von 850 Millionen.

Es zeigt sich, daß auch eine „Sparpolitik“ nicht in der Lage ist, die Staatsverschuldung wirksam einzudämmen.



Geplante Ausgabeneinschränkungen wie z. B. bei den öffentlichen Investitionen oder bei den Personalkosten verschärfen die Krise, vergrößern die Arbeitslosigkeit und öffnen die Schere zwischen krisenbedingten Mindereinnahmen und krisenbedingten Mehrausgaben. Es wäre sicher sinnvoller gewesen, durch höhere öffentliche Ausgaben in vernachlässigten Bereichen (Umwelt, Gesundheit, Energie, Wohnungs-

Staatsverschuldung<sup>1</sup>

	Insgesamt	Bund	Darunter: Länder	Gemeinden
1950	20,6	7,3	12,8	0,5
1960	52,8	23,1	14,7	11,2
1970	125,9	49,7	27,8	40,3
1973	170,9	61,4	39,5	63,0
1975	256,4	108,5	67,0	74,4
1976	296,7	128,4	81,8	79,8
1977	328,5	150,2	89,6	83,3
1978	370,8	177,5	102,1	86,7
1979	413,9	202,6	115,9	90,4
1980	469,1	232,3	137,3	96,3

1 InMrd. DM, Bund, Länder, Gemeinden, Sondervermögen  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 7/79, lfd.)

bau) der Krise rechtzeitig entgegenzusteuern und zu diesem Zweck auch eine zusätzliche Staatsverschuldung einzuplanen. Nun zwingt die Krise die öffentlichen Haushalte zur Inkaufnahme einer beschleunigt steigenden Verschuldung, ohne daß die Mittel in irgendeiner Weise sinnvoll verwendet werden können.

Rüstungsstrategie und Arbeitslosigkeit erweisen sich als Hauptfaktor für die öffentliche Verschuldung. Eine Lösung des Problems kann nur wirksam angestrebt werden, wenn die Unterordnung unter die US-Strategie aufgegeben und gleichzeitig Maßnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit (Arbeitszeitverkürzungen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen usw.) ergriffen werden.

Zeitweilig schien es so, als hätte die Kritik aus den Gewerkschaften und aus Teilen der Wirtschaftswissenschaft die Bundesregierung zumindest in konjunkturpolitischer Hinsicht zu einem gewissen Einlenken bewegt. Diskutiert wurde ein bescheidenes Konjunkturprogramm, das auch beschäftigungspolitische Maßnahmen enthalten sollte. Nach Veröffentlichung des Regierungsplans stellten sich diese Hoffnungen als unbegründet heraus: Demnach sollen den Unternehmen Kredite in Höhe von 6,3 Milliarden DM zu Investitionszwecken (vor allem Energieeinsparung und Rationalisierung) zur Verfügung gestellt werden, die durch Subventionen des Staates von etwa jährlich 100 Millionen zinsgünstig gestaltet sind. Damit sollten die Folgen der Hochzinspolitik der Bundesbank für die Unternehmen etwas gemildert werden – Zinsvergünstigungen z. B. für lohnabhängige Eigenheimbauer sind dagegen nicht im Gespräch.

Auch die an sich zu begrüßende Absicht, die Kredite vor allem der mittelständischen Wirtschaft zur Verfügung zu stellen, die besonders unter den hohen Zinsen leidet, kann durch dieses Programm kaum erreicht werden. Denn nach Aussagen von Unternehmerverbänden aus dem mittelständischen Handel und Handwerk sind die Vergabebedingungen an so spezifische Verwendungszwecke gebunden, die von kleinen, selbständigen Betrieben kaum erfüllt werden können.

Beschäftigungspolitisch sind kaum positive Konsequenzen zu erwarten, stellenweise wird im Gegenteil der Rationalisierungsprozeß vorangetrieben, ohne daß den subventionierten Unternehmen irgendwelche Auflagen hinsichtlich ihrer Beschäftigungspolitik gemacht werden. Sie werden im Gegenteil für die „Freisetzung“ von Arbeitskräften belohnt, die dann der Bundesanstalt für Arbeit und damit dem Staatshaushalt zur Last fallen.

## 3.3 Preise

Wie schon in den letzten „Informationen...“ angenommen, haben sich die vor der Lohnrunde veröffentlichten Prognosen hinsichtlich der Preisentwicklung als zu optimistisch herausgestellt. War anfangs noch von einer Preissteigerungsrate für 1981 von 4 bis 4,5 Prozent ausgegangen worden, so müssen jetzt selbst die auf 5 Prozent heraufgesetzten Vorausschätzungen als zu niedrig angesehen werden. Statt der angekündigten Tendenz zur Preisberuhigung belebt sich die Inflation weiter. Dies belegt eine weitere Lockerung des Zusammenhangs zwischen Krise und Inflation: Während die Krise tiefer als erwartet ist, steigen die Preise rascher als ursprünglich angenommen. Die in der offiziellen Wirtschaftspolitik gestellte Alternative „Inflation oder Arbeitslosigkeit“ existiert nicht, tatsächlich ist zur Zeit eher eine Parallelität feststellbar.

Die erneute Tendenz zur Beschleunigung des Preisanstiegs ist vor allem bei den dem privaten Konsum vorgelagerten Bereichen abzulesen.

## Ausgewählte Preisindizes

	Industrie- preise		Landwirtschafts- preise		Import- preise		Großhandels- preise	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
1980	–	+7,5	–	+2,5	–	+14,8	–	+7,9
1981								
Jan.	+1,0	+6,8	–0,6	+1,5	+3,2	+11,5	+0,9	+5,7
Febr.	+0,8	+6,7	+0,3	+1,7	+2,9	+13,2	+1,3	+5,8
März	+0,9	+7,0	+0,8	+2,7	+0,2	+12,0	+1,7	+7,1
April	+1,0	+6,8	–	–	–	–	–	–

(1) In Prozent gegenüber dem Vormonat  
(2) In Prozent gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Der Anstieg des DM-Kurses wird sich vor allem auf die Importpreise der Rohstoffe beschleunigend auswirken. Allerdings ist zu beachten, daß der Kursanstieg der DM gegenüber den meisten anderen Währungen nur eine vorübergehende Erscheinung war, die Importe von Industriewaren sich in der Regel nicht Wechselkursbedingt verteuern.

Zu beachten ist auch, daß die Weltmarktpreise für die meisten Rohstoffe außer Erdöl zur Zeit rückläufig sind, so daß die Wechselkursbedingte Verteuerung für die BRD dadurch etwas verringert wird.

Neben der Verteuerung der Importe vor allem infolge der Aufwertung des Dollar weisen aber auch die inländischen Preisfaktoren kräftig nach oben. Nach dem steuerlich verursachten Preissprung bei Benzin und Alkohol werden auch zahlreiche unmittelbar staatlich bestimmte Preise und Gebühren heraufgesetzt. Eine besondere Unverschämtheit leistet sich dabei die Bundesbahn, die nach der Anhebung im Januar nun für den Juli eine weitere Fahrpreiserhöhung angekündigt hat. Damit wird sich der Fahrpreis im laufenden Jahr schon um 14,3 Prozent erhöht haben. Die Begründung der Bundesbahn, sie hätte damit immer noch einen niedrigeren Kilometerpreis als beim Pkw, entlarvt die Begründung der Bundesregierung bei der Erhöhung der Mineralölsteuer als Demagogie: Damals war die Steuererhöhung auch als sinnvolle „verkehrspolitische“ Maßnahme bezeichnet worden, die das Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel und die Einsparung von Benzin zum Ziel hätte. Tatsächlich ging es nur um eine Erhöhung der Staatseinnahmen auf Kosten des Verbrauchers.

Besonders beunruhigend ist die Preisbeschleunigung bei Lebensmitteln. Denn bisher war dies noch ein Bereich, in dem die Preise nur langsam stiegen. Der Präsident des Hauptverbandes des deutschen Lebensmittel Einzelhandels hat Preiserhöhungen zwischen 5 und 7 Prozent angekündigt. Vor allem Obst und Gemüse ist zur Zeit 15 bis 20 Prozent teurer als in der gleichen Vorjahreszeit.

Der Index der Lebenshaltung spiegelt diese Tendenz zur Preisbeschleunigung nur unzureichend wider. Vor allem ist das Gewicht der Energiepreise in den der Indexberechnung zugrundeliegenden „Warenkorb“ viel niedriger als in der Realität, so daß die besonders stark steigenden Energiepreise im Gesamtindex nicht voll zum Ausdruck kommen. Selbst in der bürgerlichen Presse mehren sich die Stimmen, die den für die Lohnverhandlungen besonders wichtigen Preisindex der Lebenshaltung als beschönigend bezeichnen (vgl. z. B. „Frankfurter Rundschau“ vom 4. 5. 1981).

Lebenshaltung 1980<sup>1</sup>

	Veränderung in % gegenüber Vormonat		Vorjahr
1980	–		+5,5
1981	–		+5,0
Januar	+0,8		+5,8
Februar	+0,7		+5,5
März	+0,7		+5,5
April	+0,7		+5,6

1 Alle Haushalte, Preisbasis 1976; 2 Schätzung der Bundesregierung  
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.)

Soll die in allen Prognosen zugrunde gelegte Inflationsrate von 5 Prozent für 1981 noch erreicht werden, so müßten die Preise in den Monaten bis zum Jahresende nahezu stabil bleiben. Angesichts der zahlreichen schon jetzt angekündigten Preisanhebungen muß dies als absolut unrealistisch bezeichnet werden.

## 3.4 Tariffaktionen im Frühjahr 1981

Die Tarifrunde 1981 war angesichts der beschleunigten krisenhaften Entwicklung durch schwierige Ausgangsbedingungen gekennzeichnet: Die erneut ansteigende Massenarbeitslosigkeit erschwerte die gewerkschaftlichen Kampfbedingungen; die unausgelasteten Kapazitäten und zum Teil hohen Lagerbestände vieler Unternehmen schränkten die Wirksamkeit von ausschließlich ökonomischem Druck durch Streik ein. Nachdem schon 1980 die Arbeiter und Angestellten einen Realeinkommensverlust hinnehmen mußten, verschärfte sich der soziale Druck durch die zunehmende Inflation weiter. Das Niveau der Tarifabschlüsse war schon in den letzten Monaten des Jahres 1980 gegenüber dem vorangegangenen Zeitraum gesunken. Im ersten Quartal 1981, in dem im wesentlichen nur kleinere Tarifbereiche mit insgesamt 1,25 Millionen Beschäftigten Abschlüsse erzielten, wurden die tariflichen Entgelte um durchschnittlich 5,5 Prozent erhöht – bei einer Inflationsrate, die inzwischen über 5,5 Prozent anstieg.

Die Tarifstrategie des Großkapitals und seiner organisatorischen Zentrale BDA war auf die sogenannte „produktivitätsorientierte Lohnpolitik“ gerichtet, die mit einem Angebot von nur 2,5 Prozent einen massiven Reallohnabbau erzwingen und gleichzeitig einkommenspolitische Weichenstellungen für die achtziger Jahre einleiten wollte. Angriffspunkt war als erste große Gewerkschaft die IG Metall, die schon im Dezember 1980 Forderungen zwischen 7,5 und 8 Prozent für die zum 1. Februar 1981 neu abzuschließenden Verträge aufgestellt hatte.

Die Gewerkschaften standen vor der Aufgabe, die genannte Weichenstellung der Unternehmer durch eine eigene kämpferische Tarifstrategie zu durchkreuzen. Die IG Metall hatte beschlossen, in der diesjährigen Tarifaufeinandersetzung das Konzept einer „neuen Beweglichkeit“ anzuwenden, das auf einer möglichst breiten Mobilisierung der Arbeiter und Angestellten unterhalb der Schwelle eines schon wegen der zu erwartenden Aussperrung die Streikkassen auszehrenden Flächenstreiks beruhte. Durch das seit Januar 1980 gültige Schlichtungsabkommen besaß die IG Metall neue tarifpolitische Handlungsmöglichkeiten, die den Einsatz von Warnstreiks schon vier Wochen nach dem Auslaufen des Tarifvertrages erlaubten.

Durch die „neue Beweglichkeit“ sollte eine neue Dimension der Mobilisierung erreicht werden: Über einen längeren Zeitraum hinweg waren Warnstreiks, Demonstrationen und Aktionen vielfältigster Art vorgesehen, die öffentlichen, politischen und wirtschaftlichen Druck erzeugen. „Neue Beweglichkeit“, so erläuterte Hans Janßen vom Vorstand der IG Metall, „heißt Mobilisierung und Politisierung der Betroffenen.“ Allerdings blieb es nach Janßen das Ziel, „die Lösung des Tarifkonflikts am Verhandlungstisch ohne Urabstimmung und großen Streik“ zu erreichen (IGM-Rundschreiben, 24. 2. 1981).

Warnstreiks in der Metallindustrie  
Gesamtzahlen: vom 4. 3. bis 27. 4. 1981

Bezirke	beteiligte Betriebe	beteiligte Arbeitnehmer
Essen	1117	283 101
Hagen	1166	248 834
Hamburg	398	235 091
Hannover	395	299 192
Köln	628	203 344
München	446	347 314
Münster	672	138 936
Stuttgart	1825	775 630
Berlin	141	78 975
Frankfurt	843	381 088
Insgesamt	7631	2 991 505

(Quelle: Archiv Soziale Bewegungen)

Wie die Tabelle zu den Warnstreiks zeigt, wurde diese neue Dimension der Mobilisierung in einer langen Phase der Auseinandersetzungen

von Ende Februar bis Ende April mit unterschiedlichen Schwerpunkten erreicht. Höhepunkt war der bundesweite Warnstreik am 22. April mit 1,1 Millionen Teilnehmern. Als Resultat dieses eher politischen als wirtschaftlichen Drucks stockten die Metallunternehmer ihr Angebot zwar in mehreren Etappen auf, das jedoch die 5-Prozent-Marke nicht überschritt. Am 24. April wurde in vier Bezirken (Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Nordmark) das Scheitern der Verhandlungen erklärt und beim Vorstand die Urabstimmung beantragt.

Zugleich zeigte sich allerdings, daß der Vorstand der IG Metall eine Eskalation des Tarifkonflikts verhindern wollte und bei der Mobilisierung „mit einem Fuß Gas gab und mit dem anderen bremste“, was zu einer Verunsicherung in vielen Betrieben führte. Der unterschiedliche Mobilisierungsgrad in den einzelnen Bezirken (vgl. Tabelle), der nur im Bezirk Stuttgart ein außerordentlich hohes Niveau erreichte, weist ebenfalls auf nicht überall genutzte Möglichkeiten der Einbeziehung der Mitglieder hin.

Während der Vertreter von „Gesamtmetall“ Kirchner befürchtete, die „Aktionen führten zu einer plebiszitären Alternativbewegung, bei der radikale Kräfte an Einfluß gewannen“ (FAZ, 22. 4. 1981), war die IG Metall offenbar zu einer weitergehenden Politisierung, die erst in der Krisensituation wirksamen Druck auf das Kapital ausgelöst hätte, nicht bereit. Auch das Handelsblatt hatte die Unternehmer vor den Risiken einer Eskalierung gewarnt und gemahnt, „daß der Arbeitsfriede... vor allem im Jahr 1981 seinen Preis wert“ sein müsse (HB, 15. 4. 1981). Zweifellos hätte die weitere Zuspitzung der Tarifaufeinandersetzungen auch einen Konflikt mit der Bundesregierung eingeschlossen, den die Gewerkschaften nicht einzugehen bereit waren.

In der letzten Phase konzentrierten sich die Auseinandersetzungen auf die Frage, ob wenigstens „die 5 vor dem Komma“ durchgesetzt werden könnte. So lehnte die hessische Tarifkommission mit 43 zu 18 Stimmen ein Verhandlungsergebnis ab, das eine Erhöhung von 4,7 Prozent bei 13 Monaten Laufzeit vorsah (tatsächlich also nur 4,3 Prozent). Am 29. April 1981 einigte sich die Tarifkommission Nordwürttemberg-Nordbaden mit dem Arbeitgeberverband der Metallindustrie Baden-Württemberg auf eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 4,9 Prozent. Für die Monate Februar und März 1981 erhalten die Arbeiter und Angestellten anstelle der linearen Erhöhung einen Pauschalbetrag in Form einer einmaligen Zahlung in Höhe von je 160,– DM brutto.

Dieses „Sindelfinger Abkommen“ wurde dann auch von den übrigen Tarifbezirken übernommen. Im Bezirk München konnte die Abschaffung des sogenannten „Bayernmonats“, das heißt die um einen Monat nach hinten verschobene Laufzeit der Lohnverträge und damit Abkoppelung vom Bundesgebiet, erreicht werden, was sicherlich auch ein Resultat der für Bayern seit langem in dieser Breite beachtlichen Mobilisierung war (vgl. Tabelle).

Daß die IG Metall und nachfolgend auch andere Gewerkschaften ihr Ziel einer Sicherung und Erhöhung der Realeinkommen nicht erreichen konnten, lag sicherlich auch am Fehlen einer konzentrierten und solidarisch abgestimmten Politik über die Grenzen einzelner Gewerkschaften hinaus. Das Verhalten und die Vereinbarungen der IG Bau–Steine–Erdlen und der IG Bergbau und Energie kam sogar der Tarifstrategie der Unternehmer und den Vorstellungen der Bundesregierung entgegen.

Ähnlich übrigens wie im Januar 1975 (dem Tiefpunkt der letzten Krise) hatte die BSE schon im Februar überraschend und ohne Zeitnot versucht, die Rolle eines Lohnrundenführers zu übernehmen, und hatte einem Abschluß von nur 4 Prozent zugestimmt. Dieser „Geheimabschluß“ wurde allerdings von einer breiten Mehrheit der Basis und dann auch durch Beirat und Vorstand der Bauarbeitergewerkschaft Ende März abgelehnt. In der „heißen Phase“ der Metallaufeinandersetzungen akzeptierte die BSE jedoch am 22. April erneut einen Vorschlag in der zweiten Schlichtungsrunde von nur 4 Prozent bei leichten Verbesserungen des 13. Monateinkommens. Am 25./26. April, also auch noch vor der Metalleinigung, schloß dann die IG Bergbau eine Erhöhung von 4,6 Prozent ab. Beide Abkommen schwächten die Position der IG Metall.

Unmittelbar nach dem Abschluß der IG Metall vereinbarte die IG Druck und Papier für die Beschäftigten der Druckindustrie Erhöhungen von 5,0 Prozent und für die der papierverarbeitenden Industrie von



4,9 Prozent. Ebenfalls unmittelbar danach erreichte die Gewerkschaft NGG Verbesserungen der Einkommen in der Zuckerindustrie in Höhe von 5,9 Prozent. Im Monat April konnte die HBV in einigen Großhandelsbereichen Lohn- und Gehaltserhöhungen mit einem Gesamtvolumen über 5,0 Prozent durchsetzen. Die Verhandlungen im Einzelhandel wie auch im Bereich der Banken und Versicherungen waren von Warnstreiks begleitet. Im Versicherungsgewerbe erzielte die HBV Verbesserungen im Volumen von 5,4 Prozent.

Im öffentlichen Dienst, für den Regierungs- und Unternehmensvertreter schon im vergangenen Jahr Vorschläge einer „Lohnpause“ und eines „Sonderopfers“ gemacht hatten, schloß die ÖTV Erhöhungen von 4,3 Prozent ab (mit einmaligen Zahlungen für März und April von 120,- DM).

Tarifabschlüsse April/Mai 1981

Gewerkschaft	Branche (Beschäftigte)	Abschluß	Inhalt
BSE	Bauindustrie (900 000)	April	4,0 % Lohn und Gehalt, 13. Monatslohn (78 Std.-Sätze 1981, 102 Std.-Sätze 1982)
IG Bergbau	Ruhrkohlebergbau (158 700)	April	4,6 %
IG Metall	Metallverarbeitende Industrie	April	4,9 %, für Febr. und März je 160,- DM
IG Druck und Papier	Druckindustrie (127 400)	April	5,0 % mehr Lohn
IG Druck und Papier	Papierverarbeitende Industrie (108 500)	April	4,9 %
NGG	Zuckerindustrie (10 000)	April	5,9 %
HBV	Großhandel NRW (286 500)	April	4,9 % plus soziale Komponente
HBV	Großhandel Hessen (90 000)	April	5,6 % im Durchschnitt
HBV	Versicherungen (205 000)	April	4,9 %, Verbesserungen für Schichtdienst und Gehaltsstruktur
ÖTV	Öffentlicher Dienst (2 Mio.)	Mai	4,3 %, für März und April 120,- DM

(Quelle: Archiv Soziale Bewegungen)

Der Druck der gewerkschaftlichen Aktionen insbesondere im Metallbereich führte dazu, daß die geplante Weichenstellung der BDA mit der sogenannten „produktivitätsorientierten Lohnpolitik“ in Teilbereichen durchkreuzt werden konnte. Die bisherigen Tarifiergebnisse selbst entsprechen allerdings nicht den gewerkschaftlichen Zielsetzungen, die eingetretenen Reallohnverluste auszugleichen. Fast alle Abschlüsse liegen – zum Teil sogar erheblich – unterhalb der Preissteigerungsrate.

3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Im letzten Vierteljahr 1980 ist die Beschäftigtenzahl – saisonbereinigt – erstmals seit Mitte 1977 wieder zurückgegangen, lag aber immer noch leicht über dem entsprechenden Vorjahresstand. Im produzierenden Gewerbe hatte der Rückgang schon zur Jahresmitte 1980 eingesetzt, dort war er auch am stärksten. Besonders tief ist der Beschäftigungseinbruch im Investitionsgütergewerbe, obwohl die Produktion in diesem Bereich noch vergleichsweise stabil verlief. Dies ist wohl Ausdruck des Rationalisierungsprozesses, der dort besonders intensiv ist.

Im ersten Vierteljahr 1981 hat sich der Rückgang verstärkt, nun dürfte auch der Vorjahresstand unterschritten sein.

Trotz des bis zur zweiten Jahreshälfte 1980 andauernden Beschäftigungsanstieg, sind die Arbeitslosenzahlen schon seit Jahresbeginn 1980 wieder angestiegen. Zwar ist im Frühjahr ein leichter saisonbe-

Beschäftigung 1980<sup>1</sup>

	Abhängig Beschäftigte	darunter: Produzierendes Gewerbe
1. Vj.	22 092	10 731
2. Vj.	22 150	10 747
3. Vj.	22 171	10 734
4. Vj.	22 148	10 684

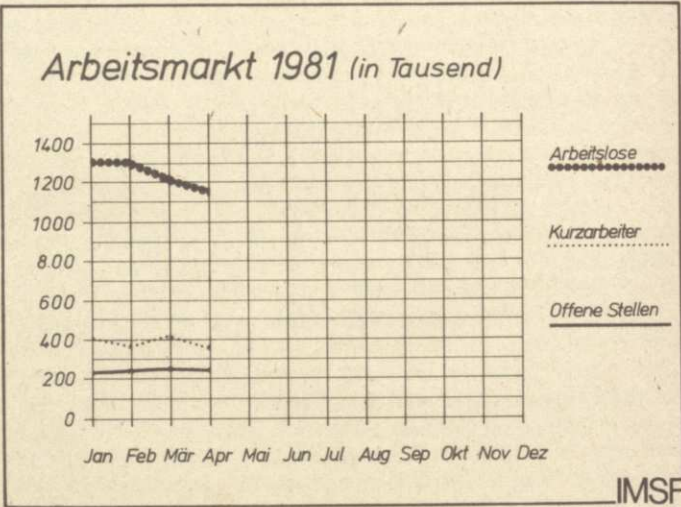
1 In 1000, saisonbereinigte Angaben  
(Quelle: DIW-Wochenbericht, 18/81, S. 215)

dingter Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit festzustellen, der jedoch weit schwächer war als sonst in dieser Jahreszeit. Geht man von den saisonbereinigten Ergebnissen der Statistik aus, die jahreszeitlich bedingte Veränderungen ausklammern, dann ist schon jetzt der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit von 1975/76 überschritten.

Arbeitsmarkt

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Offene Stellen	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	1309	+272	402	+304	228	- 54
Februar	1300	+307	374	+272	239	- 74
März	1210	+334	405	+311	247	- 90
April	1146	+321	360	+268	242	-104

(1) In 1000 Personen; (2) Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)



Im EG-Rahmen hat die Arbeitslosigkeit inzwischen in vier Mitgliedsländern die 10-Prozent-Marke erreicht bzw. überschritten: In Belgien, Irland, Dänemark und Großbritannien wurden jeweils etwa 10 Prozent der Erwerbspersonen als arbeitslos registriert.

Im EG-Raum (ohne Griechenland) wurden 8,5 Millionen Arbeitslose gezählt, was in etwa der Erwerbstätigenzahl der Beneluxstaaten entspricht.

Da die Krise in Westeuropa ihren zyklischen Tiefpunkt noch nicht erreicht hat und die Arbeitslosigkeit immer mit einer gewissen Zeitverzögerung an den Krisenverlauf gebunden ist – ohne daß eine Konjunkturbelebung in der Lage wäre, die Arbeitslosigkeit deutlich abzubauen –, sind für die absehbare Zukunft noch wesentlich höhere Zahlen zu erwarten.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg und Klaus Pickshaus, 6000 Frankfurt am Main  
Der Abschnitt 1.2 wurde von Elvio Dal Bosco verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 19. 5. 1981. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Glauburgstraße 66, Postfach 18 03 72, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 36,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 3,- DM, Jahresabonnement 12,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.